

Protokoll

der Sitzung des Studentischen Konvents
der Universität Würzburg

vom 14.12.2017



StuWü

**Studentischer
Konvent**

Datum: 14. Dezember 2017
Beginn: 20.27 Uhr
Ende: 23.55 Uhr
Ort: Festsaal über der Burse im Studentenhaus
Am Studentenhaus 1, 97072 Würzburg
Vorsitzende: Johanna Gramlich
Stellvertretender Vorsitzender: Florian Kuhl
Protokollant: Sebastian Gerber

Anwesend: ATMAN Funda
BIRK Alexandra-Tatjana
BOTZ David
BUND Leon
CHRIST Andreas
DALDA Nahide
EBERT Jonas
GERBER Sebastian
GRAMLICH Johanna
IHLE Pascal
JANKE Daniel
KEUPP Leonie
KOCH Kim
KOHMANN Michaela
KUHL Florian
KUHN Antonia
LINDNER Simon
MATTMÜLLER Anton
SCHMUCKER Philipp
TIETZE Melanie
WACHTEL Sophie
WESTARP Peter
WITT Charlotte
ZIEGLER Hendrick

Stimmrechtsübertragungen: AKBAYIR Bahtiyar auf Ziegler Hendrick
GEIS Alexander auf Westarp Peter
HOCK JANA auf Lindner Simon
KAISER Dustin auf Gramlich Johanna
KOLBECK Matthias auf Atman Funda
OBAIDEE Bahar auf Ihle Pascal
SAAL Fridolin auf Witt Charlotte
SCHEIDT Ariane auf Gerber Sebastian
TURAN Serife auf Dalda Nahide

Tagesordnung

TOP 1

- 1.1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin
- 1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- 1.3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen
- 1.4 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Wahlen

- 2.1 Wahlen der studentischen Kommissionsmitglieder
- 2.2 Wahlen der Ersatzvertreter*innen der studentischen Kommissionsmitglieder
- 2.3 Wahl der Referatsleitungen

TOP 3 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen, sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

TOP 4 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten

TOP 5 Anträge

TOP 6 Sonstiges

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.27 Uhr.

TOP 1

1.1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Sebastian Gerber wird als Protokollant bestimmt.

1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Konvents fest.

1.3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen

U. a. das Protokoll der letzten Sitzung liegt noch nicht vor.

1.4 Genehmigung der Tagesordnung

Hendrick Ziegler stellt einen Antrag, dass unter Top 5 erst der Haushaltsantrag des SSR und anschließend die weiteren Anträge in der Reihenfolge

- 10€-Stundenlohn für wissenschaftliche Hilfskräfte (Juso-Hochschulgruppe)
- Für ein faires Kulturticket, ohne Zwang (Liberale Hochschulgruppe)
- SeTa-Ausschuss (Fachschaftsmitglieder Erfahrung Wählen, Initiativantrag)

behandelt werden. Der Antrag sowie die Tagesordnung werden einstimmig angenommen und genehmigt.

TOP 2 - Wahlen

Charlotte Witt und Hendrick Ziegler melden sich als Mitglieder der Zählkommission. Dagegen bestehen keine Einwände.

2.1 Wahlen der studentischen Kommissionsmitglieder

Unter diesem Punkt sind keine Kommissionsmitglieder mehr zu wählen.

2.2 Wahlen der Ersatzvertreter*innen der studentischen Kommissionsmitglieder

Präsidialkommission für Qualität in Studium und Lehre (PfQ)

Anton Mattmüller schlägt sich selbst vor; er möchte sich gerne in der Kommission engagieren. Anton wird per Akklamation einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

2.3 Wahl der Referatsleitungen

Referat Student's House

Robin Schulz schlägt Annika Enßle vor. Er berichtet, dass sie bereits sehr engagiert und in die Konzeptionierung des Student's House involviert sei.

Die Vorsitzende lässt über die Besetzung der Referatsleitung abstimmen:

abgegebene Stimmen: 28, davon fünf ungültig
Ja: 22
Nein: 0
Enthaltung: 1

Annika Enßle ist somit gewählt.

Referat für Demokratie und Zivilcourage

Es konnte kein Interessent gefunden werden. Johanna Gramlich bittet darum, die Position in den Hochschulgruppen nochmals vorzustellen und anzuwerben.

TOP 3 - Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen, sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

Bericht aus dem Fachschaftenrat

Hendrick Ziegler (Vorsitzender des Fachschaftenrats) berichtet, dass der Fachschaftenrat am Dienstag getagt habe. Aus der Sitzung gebe es nicht viel zu berichten, er kündigte jedoch für die nächste Konventssitzung einen ausführlicheren Bericht an.

Es habe einen Austausch über individuelle Themen in den Fachschaften gegeben, zudem seien notwendige Wahlen durchgeführt worden, insbesondere die der Plätze in zentralen Kommissionen zur Verteilung der Studienzuschüsse. Noch zu besetzen seien die Kommissionen zur Verteilung der Studienzuschüsse für die Frauenbeauftragte der Universität sowie die des Zentrums für Sprachen.

Die nächste Sitzung des Fachschaftenrats findet am 15.01.2018 statt.

Bericht aus der CMS-Projektgruppe

Daniel Janke berichtet. In der letzten Sitzung sei die Umstellung auf WueStudy 1.0 nochmal sehr detailliert durchgesprochen worden. Aktuell träten nur noch sehr wenige Fehlermeldungen bei der Datenübertragung auf, allerdings seien kaum noch immatrikulierte Studierende betroffen.

Zudem sei die Erstellung eines Gesamtprojektberichtes für die Universitätsleitung geplant. Dieser solle Punkte enthalten, die man bei der Umstellung gelernt habe und bei künftigen Umstellungen anders machen sollte.

Bericht aus der Kommission für Studium und Lehre

Leonie Keupp berichtet. Themen seien Studiengänge religiöser Bildung, Masterstudiengänge und Elitenetzwerke gewesen. Zudem seien für den Preis für gute Lehre Prof. Dr. Christoph Teichmann (Juristische Fakultät) und Dr. Florian Möller (Fakultät für Mathematik und Informatik) vorgeschlagen worden.

Bericht aus der Präsidialkommission für Qualität in Studium und Lehre (PfQ)

Daniel Janke berichtet. Die Kommission habe am 13.12.2017 (Tag vor der Konventssitzung) getagt. Die Gespräche mit den Fakultätsleitungen seien fast beendet; es stünden noch die Gespräche mit der Humanwissenschaftlichen Fakultät aus. Die Nachverfolgung von Maßnahmen laufe teilweise schleppend.

In der Kommission sei eine (häufige) Verlängerung der Regelstudienzeit angemerkt worden. Eine mögliche Ursache dafür, dass die Studierenden diese teils deutlich überschreiten, sei womöglich ein allgemein verändertes Studienverhalten.

Auch über *Docsdocs*, eine Lernplattform für Studierende, die u. a. Medizinaltklausuren online stellt, sei diskutiert worden. U. a. aus Würzburg stehen einige Altklausuren online. Die Universitätsleitung habe daher wegen rechtlicher Bedenken eine Abmahnung erteilt; sie möchte gegen das Unternehmen auf Unterlassung klagen und sich dafür einen schweizerischen Anwalt nehmen.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements habe kürzlich die Indologie das Verfahren des Studienfachaudits durchlaufen. Gerade werde der Gutachterbericht ausgearbeitet. Das Problem sei hierbei, dass sich die Gutachter (deutschlandweit, da es ein sehr kleines Fach ist) untereinander kennen. Das erschwere die Arbeit mit dem Gutachten und zeige somit die Grenzen des Verfahrens auf.

2018 seien die Sonderpädagogik, Theologie, Geografie, Biologie und Informatik an der Reihe. Der bisherige 8-Jahres-Zyklus werde kritisch gesehen und daher eventuell auf sieben Jahre verkürzt.

Thema Qualitätsmanagementsystem für Staatsexamensstudiengänge: Bislang gebe es hier keine Audits, die Medizin wünsche es sich unbedingt (insbesondere zur Qualitätssicherung

nach außen). Das Verfahren sei bei den Lehramtsstudiengängen wegen der verschiedenen Fächerkombinationen komplizierter. Daher sollten im Rahmen der Bachelor-Studiengänge jeweils auch die Lehramtsstudiengänge überprüft werden.

Bericht aus dem Verwaltungsrat des Studentenwerks

Funda Atman berichtet und verweist auf die Verschwiegenheitspflicht. Der Verwaltungsrat habe aber, wie auch der Presse zu entnehmen war, am 05.12.2017 getagt. Der Bericht der MainPost stelle insbesondere die Entscheidung zum *Semesterticket Ticket Theater* nicht ganz korrekt dar. Die Vorsitzende Steuer-Fließer wolle diesen in einer Stellungnahme nochmal zurechtrücken. Über grundsätzliche Änderungen am Semesterticket sei nicht gesprochen worden.

Für Würzburg relevant sei der in den Medien angekündigte Mensaumbau ab 2018. Provisorische Mensen, auch auf dem Campus Hubland Nord, sollen den Ausfall kompensieren.

TOP 4 - Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten

Da der Vorsitzende des Sprecher- und Sprecherinnenrates, Lukas Miaskiwskyi, nicht anwesend ist, berichten die anwesenden SSR-Mitglieder.

Daniel Schneider beginnt (mit Ergänzungen von Daniel Janke). Am 23.11. habe es ein Vernetzungstreffen in Bamberg mit der dortigen Studierendenvertretung gegeben. Es sei lange über das Studentenwerk gesprochen worden, die Themen und Meinungen dort seien denen der Würzburger Studierenden sehr ähnlich. Insbesondere wurde über die Gebühr bei der Guthabenaufladung auf dem Studentenausweis (1€), die Wohnheime und den Nahverkehr gesprochen.

Am 26.11. habe Daniel Schneider an einem Treffen teilgenommen, bei dem Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2018 in Bayern angeregt wurden. Parteien sollen in diesem Rahmen gefragt werden, welches hochschulpolitische Konzept sie vertreten. Die Wahlprüfsteine sollen als Wahlhilfe fungieren.

Am 28.11. habe sich der gesamte SSR mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks, Michael Ullrich, getroffen. Dabei seien dieselben Themen wie im Verwaltungsrat besprochen worden. Zudem seien die Möglichkeiten kostenlosen Leitungswassers sowie von Mikrowellen in den Mensen diskutiert worden. Deren Bereitstellung sei aus Hygienegründen schwierig (das Studentenwerk hafte weiterhin für die Essensqualität), auch moralisch seien sie gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mensen nur schwer vermittelbar.

Die Samstagsmensa hingegen komme wohl wieder. Während des Mensaumbaus solle der Sonntagsbetrieb in der Mensateria erfolgen.

Die Aufladegebühr (1€) sei flächendeckend eingeführt worden, um die Aufladevorgänge an den Kassen zu reduzieren und zu den Automaten zu verlegen. Ab Sommer 2018 solle an den Kassen auch mit EC-Karte zahlbar sein.

Florian Kuhl wendet ein, dass nicht in allen Mensen Aufladestationen aufgestellt seien. Dort werde die Gebühr, so Daniel Janke, nicht erhoben. Florian Kuhl bemängelt die Aufstellung der Automaten in sehr kleinen Räumen und nennt als Beispiel Automaten in der FH und in der Mensa am Röntgenring. Daniel Schneider entgegnet, dass sich die FH laut Studentenwerk selbst um die Aufstellung kümmern müsse. Daniel Janke konkretisiert zudem das Bezahlen mit EC-Karte: Hierfür sei ein einmaliges Lastschriftverfahren nötig.

Jonas Ebert fragt nach, ob das Bezahlen mit EC-Karte eine Gebühr kosten werde. Das verneint Daniel Janke.

Am 28.11. habe man sich mit Herrn Stegh von der Universität Würzburg GmbH für Bildungs- und Campusdienstleistungen getroffen. Dabei sei die Frage der Plakatierung an der Hochschulwahl diskutiert worden. Den Streit der letzten Jahre solle es nicht nochmal geben. Hierzu solle mit Vertretern der Hochschulgruppen eine schriftliche Vereinbarung geschlossen werden, die dann im Januar vom Studentischen Konvent behandelt werde.

Am 30.11. sei ein Vortrag von fzs-Sprecher Tobias Eisch über studentische Protestformen organisiert worden.

Am 03.12. habe der SSR im Student's House im Rahmen einer Klausurtagung besprochen, was noch geplant werden solle. Insbesondere die Veranstaltungen im Sommersemester (Campuslichter, Campuscup, Vorträge, Workshops, ...) seien dabei Thema gewesen.

Lucie Knorr fährt fort. Am 04.12. habe man sich mit dem Hochschulpfarrer darüber ausgetauscht, was die Studierenden interessiere und was mit dem Raum der Stille während des Mensaumbaus passiere (er wird ausgelagert; ob er danach wieder an seinen jetzigen Ort zurückverlegt wird, ist noch nicht geklärt), ebenso über die Probleme von geflüchteten Studierenden bei der BAföG-Beantragung (diese hätten keine finanzielle Unterstützung erhalten und mussten daher ihr Studium abbrechen).

Am 13.12. habe der SSR einen Glühweinstand organisiert, um über die Arbeit der Studierendenvertretung zu informieren.

Über zukünftige Veranstaltungen: Am 17.12. sei die Teilnahme zweier SSR-Mitglieder an der Landes-Asten-Konferenz in Nürnberg geplant. Themen sollen die BAföG-Problematik sowie die Fortschritte im Kulturticket sein.

Am 20.12. sei zudem ein Treffen mit der Universitätsleitung geplant. Themen sollen das Salzstreuen auf dem Campusgelände, der Konventsbeschluss zu den Fahrradständern (Sitzung vom 22.11.2017), die Mensa nach der Sanierung, die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, der Umzug der StuV in das Student's House sowie die Bombendrohung vom 08.12.2017 sein.

Florian Kuhl fragt nach, was konkret bei der Universitätsleitung zur Bombendrohung erfragt werden soll. Lucie Knorr und Daniel Janke antworten, dass insbesondere die Gründe für die späte Information und Evakuierung sowie erste Analyseergebnisse besprochen werden sollen.

Florian Kuhl bemängelt, dass zuerst der Lehrkörper und dann die Studierenden informiert wurden. Er fragt, ob die Universitätsleitung einen Katastrophenplan angedacht habe. Daniel Janke berichtet hierzu aus der Sitzung der PfQ (13.12.2017): In dieser habe Kanzler Dr. Klug erklärt, dass am Donnerstag vor der Bombendrohung die Verwaltung der Universität genau für solche Zwecke zusammengesessen habe: Der Lehrkörper sei zuerst informiert worden, um Panik zu vermeiden. Kanzler Dr. Klug habe aber viele Fehler einräumt, in der Analyse seien viele Punkte notiert worden, die verbessert werden müssten. Dazu gehöre u. a. auch, dass die Informationsmail an den Lehrkörper nur auf Deutsch formuliert war. Robin Schulz ergänzt, dass der Informationsfluss und die Mails sicherlich das Hauptthema des Treffens am 20.12. mit der Universitätsleitung sein werde. Daniel Schneider berichtet, dass die Mensen kritisch angemerkt hätten, dass bei früherer Information nicht so viel Essen hätten weggeworfen werden müssen.

Daniel Janke berichtet anschließend aus dem Senat.

Robin Schulz ergänzt, dass beim nächsten Treffen mit der Hochschulleitung auch die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle angesprochen werden solle. Ein grobes Konzept sei von einer Studentin schon vorgeschlagen worden, mit diesem beschäftige sich nun das Referat Gleichberechtigung.

TOP 5 – Anträge

Haushalt (Sprecherinnen- und Sprecherrat)

Daniel Janke berichtet. Es gehe bei dem Haushaltsentwurf eher um eine grobe Struktur, insbesondere auch für das Büro der Studierendenvertretung. Es solle nicht jeder Topf ausgeschöpft sein. Der Betrag der Aufwandsentschädigung sei für 2018 etwas höher (5760€) angesetzt als für 2017, da in den letzten Jahren einige SSR-Mitglieder die auf eine Entschädigung verzichtet hätten.

Andreas Christ fragt, inwieweit die Entschädigung für Protokollanten/Protokollantinnen im Haushalt berücksichtigt werden könne. Daniel Janke antwortet, er würde es auch in den Topf „Aufwandsentschädigungen“ einordnen. Der zusätzliche finanzielle Aufwand von ca. 400 € dürfte nach seiner Einschätzung kein Problem darstellen. Der Konvent habe aber die Entschädigung für Protokollanten eben noch nicht beschlossen.

Leonie Keupp fragt, was „Diverses“ (5.6) sei. Daniel Janke antwortet, darunter seien z.B. die SSR-Klausurtagung, Reisekosten und der Glühweinstand 13.12.2017 einzuordnen.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung per Akklamation. Er wird einstimmig angenommen (keine Nein-Stimme, keine Enthaltung). (→ S. 20¹)

10€-Stundenlohn für wissenschaftliche Hilfskräfte (Juso-Hochschulgruppe)

Daniel Schneider stellt den Antrag vor. Er führt aus, dass wissenschaftliche Arbeit höher bezahlt werden solle.

Jonas Ebert fragt, ob in diesem Rahmen auch die Löhne für Studenten mit Masterabschluss höher angesetzt werden sollen. Daniel Schneider antwortet, dass 10€ der Sockelbetrag sei, es solle auch für Masterstudenten eine Erhöhung geben. Er führt zudem aus, dass Helferinnen und Helfer für die Landesgartenschau für Gartenarbeiten mit 11,21€ vergütet werden würden.

Andreas Christ wendet ein, dass das im Antrag gewählte Beispiel Berlin nicht gut sei, da er glaube, dass das im Januar auslaufe.

Antonia Kuhn fragt, was – da Masterstudierende ja höher als Bachelorstudierende entlohnt werden würden – mit Staatsexamensstudierenden sei. Daniel Janke antwortet, dass man in der Medizin das Physikum bestanden haben müsse, im Lehramt werden man wohl schon nach dem sechsten Semester höher entlohnt.

Hendrick Ziegler entgegnet dem Antrag, dass 10€ nur unwesentlich über der aktuellen Entlohnung angesetzt sei, in Mecklenburg-Vorpommern sei der Satz bereits höher. Er plädiere dafür, den Stundenlohn in den Verhandlungen eher etwas höher anzusetzen.

Michaela Kohmann entgegnet den Ausführungen von Daniel Janke: Sie bekomme 8,84€, obwohl sie das sechsten Semester bereits überschritten habe. Zudem sehe sie es als Problem, dass weniger Hiwis eingestellt oder den eingestellten Hiwis weniger Stunden bezahlt werden würden. Daniel Janke antwortet, dass das auch schon bei der Einführung des Mindestlohnes für Studierende in der Haushaltskommission diskutiert worden sei; damals sei gegenüber dem Ministerium neues Geld beantragt worden. Bevor von studentischer Seite freiwillig auf Geld verzichtet werde, solle man sich also auch jetzt eher an das Ministerium wenden. Zur Arbeitszeit: Die Studierenden sollten sich das nicht gefallen lassen bzw. sich an den Personalrat wenden.

Charlotte Witt fragt, wie sich die Anzahl der Vertragsabschlüsse nach der Einführung des Mindestlohns verändert habe. Daniel Janke antwortet, er wisse es nicht.

Hendrick Ziegler wirft ein, dass die Professorinnen und Professoren nur ungern auf Hiwistellen verzichten würden. Er halte es daher für unwahrscheinlich, dass diese gekürzt werden. Das im Antrag bemühte Argument der Lebenskosten halte er zudem nicht für zielführend. Er stellt daher schriftlich einen Änderungsantrag, der sinngemäß die Erhöhung des Lohns auf 11,21€ fordert und als Begründung vornehmlich die Qualifikation der Hilfskräfte anführt.

Janke nimmt im Namen der Antragssteller den ersten Änderungsvorschlag an, der zweite betreffe jedoch die Antragsbegründung, über die nicht beschlossen werde.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung per Akklamation: Bei drei Nein-Stimmen wird der geänderte Antrag somit mit großer Zustimmung angenommen. (→ S. 21²)

Johanna Gramlich unterbricht die Sitzung um 21.40 Uhr für zehn Minuten. Sie wird um 21.51 Uhr fortgeführt.

Für ein faires Kulturticket, ohne Zwang (Liberale Hochschulgruppe)

Florian Kuhl stellt den Antrag vor. Er bezeichnet seine Fürsprache für den Antrag im Juli im Nachhinein als Fehler und bemängelt, dass der Vertragsentwurf nicht mehr dem Konvent vorgelegt wurde. Das Mainfrankentheater werde gestärkt, weil es feste Einnahmen bekäme, die Frage der Restkarten sei hingegen noch nicht geklärt: Das Theater würde daher für einen Platz Geld bekommen, der eh frei bliebe. Aktuell sehe der Entwurf nur 38 Plätze pro Vorstellung vor.

Er schätze es zudem als groben Fehler einen, dass das Ticket Preisdumping schaffen würde und die kleineren bzw. freien Theater daher unter einen enormen Preisdruck setze. Das sei nicht förderlich für die Kultur in einer Stadt.

Florian bemängelt außerdem, dass nach dem aktuellen Entwurf alle Studenten bezahlen sollen. Keine Online-Petition der Welt ersetze die Debatte eines demokratisch gewählten Konvents.

Die LHG wolle mit dem Antrag das Kulturticket nicht komplett unmöglich machen, sondern ein besseres Angebot für Studenten schaffen, einen fairen und klaren Deal, der auch die Restkarten beinhalte und der die komplette Kulturszene in Würzburg fördere.

Er kündigt zudem Änderungen an seinem Antrag an, die er jedoch nicht konkretisiert.

Vor der Diskussion appelliert die Vorsitzende an die folgenden Redner. Trotz der zu erwartenden unterschiedlichen Meinungen solle die Debatte höflich geführt und zudem eine Redezeit von ca. drei Minuten berücksichtigt werden. Sie erinnert an die Bestimmungen zu Zwischenfragen in der Geschäftsordnung des Studentischen Konvents.

Peter Westarp entgegnet dem Antrag, dass wohl ein immenses Fehlverständnis des aktuellen Tickets bestehe. Als Beispiel nennt er das Argument der 38 Plätze, das völlig fehl am Platz und nicht zielführend sei. Das Argument, dass der Entwurf dem Konvent nicht mehr vorgelegt wurde, verstehe er. Zu den Restkarten: Dem Ticket solle von Seiten des Studentenwerks nur zugestimmt werden, wenn es die Restkarten enthalte. Aktuell seien mehr als 50 000 Theaterplätze frei, das Ticket sei also mehr als fair, da der Wert der Vereinbarung immer noch höher sei als der Betrag, den die Studierenden insgesamt bezahlen. Das Ticket sei so formuliert, dass alle Preiskategorien darin enthalten seien.

Hendrick Ziegler fragt (Zwischenfrage), wie die 50 000 Plätze verteilt seien. Peter Westarp antwortet, dass er es nicht wisse.

Jonas Ebert betont, ihm liege die Theaterszene sehr am Herzen. Er frage sich daher, warum also nur das Mainfrankentheater berücksichtigt werde. Das Kulturticket solle bunt sein. Er berichtet aus seinem Bekanntenkreis: Manche seien begeistert, manche könnten damit nichts

anfangen. Er wählt als mögliches Ticketvorbild die Praxis des Sportausweises beim Hochschulsport und zweifelt, wie viele Studenten das Theaterticket annehmen würden: Eine große Masse zahle für die kleine Anzahl der Theaterbesucher. Jonas spricht sich schließlich für Antrag der Liberalen Hochschulgruppe aus.

Melanie Tietze kritisiert, dass der Verhandler des Tickets nicht dazu legitimiert gewesen sei. Insgesamt fände sie das Semesterticket so nicht gut, spricht sich aber eher für ein Semesterticket Kultur aus, das durch alle finanziert wird und somit nur geringe Kosten für den Einzelnen abwirft. In der übrigen Argumentation stimme sie Florian Kuhl zu, insbesondere bei seiner Kritik, dass die freien Theater nicht berücksichtigt worden seien.

Philipp Schmucker entgegnet, dass er auch die Nachtbusse nicht brauche, er habe schlicht kein Bedürfnis danach. Das Semesterticket Kultur sei dagegen etwas, das jeder machen, also auch jeder nutzen könne. Er plädiert dafür, das Ticket zwei Jahre lang mit einem großen Träger auszuprobieren, zu schauen, wie es laufe, und sich diese Chance nicht entgehen zu lassen.

Jonas Ebert fragt (Zwischenfrage) bzgl. der Nachtbusse, ob Infrastruktur nicht vorgehe, da sie notwendig sei. Philipp antwortet, so könne man beim Semesterticket Kultur auch argumentieren.

Antonia Kuhn fragt (Zwischenfrage), was Philipp ihr in ihrer Situation antworten würde: Sie wohne drei Minuten von der Uni entfernt, brauche keine Busse, könne sie aber potentiell nutzen und sehe Kultur nicht als notwendig an. Philipp antwortet, dass das Semesterticket Kultur eine Möglichkeit für alle darstelle, insgesamt sehr gut sei und viele Vorteile habe; viele Studierende wollten gerne ins Theater gehen, was ihnen somit möglich wäre.

Jonas Ebert fragt (Zwischenfrage), ob Philipp wisse, dass es auch viele kostenlose Theaterangebote in Würzburg gebe, beispielsweise die Studiobühne. Philipp entgegnet, dass das Mainfrankentheater ein professionelles Theater sei, das Theaterticket ermögliche somit den Zugang zu professionellem Theater und zu vielen weiteren Angeboten des Mainfrankentheaters. Zudem habe er beispielsweise bei den Aufführungen von „Krabat“ sehr lange angestanden, was es bei einer Platzreservierung in dieser Form nicht gäbe.

Anton Mattmüller fragt (Zwischenfrage), ob Philipp nicht auch die Meinung vertrete, dass es leichter sei, Busse zu nutzen, als ins Mainfrankentheater zu gehen, u. a. wegen der Entfernungen. Philipp verweist darauf, dass er das schon beantwortet habe.

Antonia Kuhn fragt (Zwischenfrage), ob er wirklich der Meinung sei, dass das Theaterticket nach zwei Jahren wieder abgeschafft werden würde. Philipp verweist erneut auf die zweijährige Testphase und bekräftigt, dass er sich sicher sei, dass das Theaterticket gut evaluiert werde.

Funda Atman betont, dass der Verwaltungsrat das Ticket intensiv begleiten werde und die Restkarten für Studierende da seien. Sie verweist darauf, dass das Mainfrankentheater auch Oper und Ballett und somit ein breiteres Angebot biete. Der Verwaltungsrat und sicherlich auch der Konvent wolle Kultur bereichern. Der Betrag von 2€ sei fast nichts und biete trotzdem

eine Möglichkeit für alle. Dem Nachtbusargument entgegnet sie, die damalige Online-Petition habe wesentlich weniger Unterstützer als die jetzige gehabt. Theater sei nicht nur Freizeit, sondern auch Kulturbereicherung für alle. Auf dem Weg zum Semesterticket Theater müsse irgendwo angefangen werden, mit dem jetzigen Entwurf werde dieser Anfang gemacht.

Andreas Christ bittet um Händeheben statt Klopfen, um Zustimmung zu signalisieren. Er verweist auf die Genderregeln des Konvents, die in Anträgen die Verwendung von „Studierende“ statt „Studenten“ erfordern. Florian Kuhl nimmt die Anmerkung dankend auf und möchte den Antrag dahingehend ändern.

Andreas Christ stellt daraufhin die Frage in den Raum, wie realistisch es sei, das Semesterticket Kultur in der Zukunft zu verwirklichen, wenn nun alles umgeworfen werde.

Hendrick Ziegler fragt die Antragssteller, ob eine Änderung des Antrages zur nächsten Sitzung geplant sei, da er das aus den Äußerungen von Florian Kuhl herausgehört habe. Zur Diskussion: Er plädiere dafür, die Diskussionspunkte

- nur Mainfrankentheater: Warum nicht auch die freien Theater?
- Theaterticket für alle verpflichtend oder nicht

inhaltlich getrennt zu behandeln, da diese jeweils zu wichtig seien. Er regt an, zwei unterschiedliche Anträge zu stellen. Er fragt, ob es einen Entwurf des Semestertickets zur Vorlage vor dem Konvent gebe.

[Die Vorsitzende unterbricht ihn, um alle Anwesenden an die Gesprächsregeln zu erinnern.]

Hendrick fährt fort und kritisiert, dass Infrastruktur und Kulturförderung gegeneinander abgewogen worden seien. Seiner Meinung nach sei Kultur als staatlicher Auftrag und staatliche Fürsorge ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, somit auch einer des Studentischen Konvents.

Florian Kuhl bedankt sich für die sachliche Debatte. Er entgegnet den Ausführungen von Funda Atman, man habe eine Gegenpetition gestartet, diese bliebe jedoch ohne durchschlagenden Erfolg, da keine Online-Petition der Welt den Konvent und seine Beschlüsse ersetzen könne (sie sei daher auch nicht weiter beworben worden). Dies könne im Zweifel nur ein Plebiszit. An Hendrick Ziegler gerichtet erinnert er an seine Argumente bzgl. der Auslastung des Mainfrankentheaters und kündigt zudem erneut einen Änderungsantrag an. Aktuell profitiere nur das Mainfrankentheater so richtig. Er ruft das Angebot des Studentenwerkes (20 000€ könnten für fakultative Tickets zur Verfügung gestellt werden) in Erinnerung und appelliert an den Mut, im Sinne eines fairen Deals einen Schritt zurückzugehen. Den Beschluss zum Semesterticket halte er rückblickend nicht für richtig, zudem wurde es ohne Legitimation verhandelt.

Hendrick Ziegler fragt (Zwischenfrage) nochmals nach dem Änderungsantrag. Florian antwortet, der Antrag fordere ergebnisoffene Gespräche zwischen Studentenwerk und Mainfrankentheater.

Peter Westarp fragt (Zwischenfrage), ob es sinnvoll und zielführend sei, alles auf einmal mit allen Theatern zu verhandeln. Florian verneint dies, aber es sollten keine Monopolisten unterstützt werden.

Philipp Schmucker fragt (Zwischenfrage), ob Florian auch dahinterstehen würde, wenn der angesprochene faire, bessere Deal so aussehe, dass man am Ende mit leeren Händen vor den Studierenden stehe. Florian antwortet mit dem aktuellen Spruch „Lieber nicht regieren als falsch regieren“. Es sei nie wirklich über ein faireres Ticket verhandelt worden, ein besseres Ergebnis sei daher nötig und möglich.

Peter Westarp fragt (Zwischenfrage), ob Florian es für besser halte, erst mit kleineren Theatern zu verhandeln und dann das Mainfrankentheater in das Ticket einzuschließen. Florian antwortet, man solle zunächst alle an einen Tisch bringen und die Fakten klären. Vor diesem Hintergrund könne dann verhandelt werden.

Peter Westarp sagt, „Zwang“ (statt solidarisch) sei das falsche Wort. Zur Frage, ob Theater ein Bedürfnis ist, verweist er auf die Bedürfnispyramide von Maslow, skizziert diese und fragt, warum das Solidarprinzip nur auf Sicherheit und Überleben beschränkt werde: Könne der Konvent den Wunsch von 5 000 Studierenden einfach ignorieren?

Florian Kuhl fragt (Zwischenfrage), ob Peter in seinen Ausführungen den Gang zur Tafel mit dem Gang ins Theater gleichgesetzt habe. Peter entgegnet, da sei er falsch verstanden worden. Florian fragt weiter, ob die Unterstützer der Petition beide Seiten der Argumentation kannten. Peter antwortet, dass man darüber informiert habe, er jedoch nicht wisse, ob alle Unterstützer alle Fakten wirklich kannten bzw. ob sie ihnen bewusst waren.

Antonia Kuhn fragt (Zwischenfrage), ob es solidarisch sei, für etwas zu zahlen, was man nicht braucht und nicht will. Peter antwortet, man müsse sich beim Solidarprinzip auf bestimmte Werte einigen (Nachtbusse, Theater = Kultur). Hier seien die Meinungen zwischen Einzelnen sicherlich immer unterschiedlich, weswegen es auch immer Befürworter und Kritiker gebe. Antonia fragt weiter, ob Peter die Meinung vertrete, dass der Personennahverkehr mit einer Theatersubventionierung, die die Kulturvielfalt kaputt mache, gleichzusetzen sei. Peter verneint das: Es sei nicht dasselbe. Für ihn habe beides denselben Stellenwert, aber natürlich nicht denselben Stellenwert wie das Überleben des Planeten. Dagegen stelle sich für ihn die zentrale Frage: Wollen wir Kultur fördern? Wenn ja, dann sei er für das Semesterticket Kultur. Antonia fragt, ob im Konvent und in dieser Sitzung irgendjemand gesagt habe, dass er Kultur nicht fördern wolle. Peter verneint das erneut. Es sei aber unrealistisch, alle Kulturträger sofort einzubinden; alle freien Theater sollten schrittweise einbezogen werden; er sei sich sicher, dass das auch geschehen werde.

Charlotte Witt wirft ein, dass sie die angestellten Vergleiche, so beispielsweise von Nachtbussen und Theaterticket, nicht für sinnvoll halte. Sie möchte den Intendanten des Mainfrankentheaters in die Diskussion mit einzubeziehen und bittet darum, ihn in die Diskussion zu holen: Der Intendant solle Fragen beantworten und den Standpunkt des Theaters klarstellen. Er warte vor der Tür.

Andreas Christ fragt (Zwischenfrage), ob dem Intendanten bewusst sei, dass der Konvent öffentlich tage. Charlotte antwortet, er möchte erst hereinkommen, wenn der Konvent das wolle.

Anton Mattmüller berichtet (Zwischenfrage), dass vor einigen Monaten von ihm, Johanna Gramlich und einigen anderen ein Gespräch mit dem Intendanten geführt worden sei, das Theater danach allerdings intransparent gehandelt habe. Er fragt, was der Besuch nun bringen solle. Charlotte entgegnet, das sei nicht dieselbe Person.

Johanna Gramlich berichtet, dass Florian Kuhl und sie Funda Atmans Vorschlag vom Vortag, den Intendanten kurzfristig zur Sitzung einzuladen, diskutiert und abgelehnt hätten, da der Besuch vorher allen Mitgliedern des Konvents zur Vorbereitung angekündigt werden sollte und Vertreter anderer Interessensgruppen nicht benachteiligt werden dürften.

Florian Kuhl fragt, wer vor dem Konvent sprechen dürfe. Daniel Janke antwortet, nur Studierende dürften sprechen. Daraufhin liest Florian den entsprechenden Absatz der Geschäftsordnung vor. Es gibt eine kurze Debatte über die inhaltliche Auslegung. Florian betont, er möchte die Debatte nicht unterbinden, fände es aber ein seltsames Verhalten, dass eine Person einfach vor der Tür stehe und sprechen möchte. Der Konvent stehe jetzt unter Druck. Wie Johanna betont er, dass dann auch die Sprecherin der Vertretergemeinschaft der freien Theater sprechen solle.

Jonas Ebert spricht sich dafür aus, dass der Intendant sprechen dürfe. Er befürwortet eine Sitzungsunterbrechung, um das zu ermöglichen.

Hendrick Ziegler stellt einen GO-Antrag auf Sitzungsunterbrechung. Es sei unhöflich, den Intendanten nun einfach wieder gehen zu lassen.

Formale Gegenrede von Melanie Tietze: Es sei nicht unhöflich. Der Konvent stehe aktuell unter Druck.

Charlotte Witt gibt bekannt, dass der Intendant gegangen sei. Der GO-Antrag ist somit nichtig und wird von der Vorsitzenden mit Zustimmung von Hendrick Ziegler nicht zur Abstimmung gestellt.

Hendrick Ziegler spricht sich dafür aus, den Antrag in der aktuellen Sitzung nicht weiter zu behandeln, sondern zu vertragen, um mehr Informationen zu bekommen.

Melanie Tietze sagt, das Argument der 5% ziehe nicht. Es brauche zudem keinen Mut, über etwas abzustimmen, was man schlecht findet.

Charlotte Witt fragt (Zwischenfrage), was Melanie mit den 5% meine. Melanie führt aus, dass sie damit auf das Ticketkontingent und auf die Verhandlungen anspreche.

Peter Westarp fragt (Zwischenfrage), warum sie die Restkarten nicht berücksichtige, und beklagt die Informationsverschiebung. Melanie erwidert, dass über die Restplätze nicht diskutiert werden könne, da hierzu noch nicht verhandelt worden sei bzw. zumindest kein endgültiger Beschluss vorliege.

Funda Atman verweist auf die Entscheidung des Mainfrankentheaters, das die Restkarten fest zusage, auch das Studentenwerk bzw. dessen Verwaltungsrat wolle die Restkarten mit einbeziehen. Seit 2014 werde über das Ticket geredet; sie glaube nicht, dass ein Schritt zurück jetzt hilfreich sei: Sie habe das Gefühl, dass das Ticket kurz bevorstehe. Daher müsse diese Chance nun wahrgenommen werden.

Jonas Ebert versichert, dass jeder im Raum Kultur fördern wolle. Er berichtet von eigenen Erfahrungen und Schwierigkeiten beim Theater, weswegen er nochmal mehr für eine allgemeine Förderung sei. Zwei Fragen stünden im Raum: Sofort mehrere Theater? Wie bzw. von wem wird gezahlt? Er glaube (bezugnehmend auf Funda), dass der Konvent aktuell nicht handeln musse, sondern man lieber besser verhandeln solle: Man müsse Kultur fördern, aber die Frage sei: wie?

- Im Raum stehe, dass sich keiner ein reguläres Theaterticket leisten könne; da sei er sich nicht sicher. Vielmehr stelle sich die Frage, ob das Ticket für genau diejenigen sei, die sich den Theaterbesuch sonst nicht leisten könnten: Was ist die Zielsetzung des Tickets? Wenn man motivieren und einen Anreiz schaffen wolle, dann nicht solidarisch, sondern auf anderem Wege.
- Im Raum stehe außerdem die Frage, wie realistisch es sei, alle Theater an einen Tisch zu bekommen; sei das überhaupt schon versucht worden?

Er betont, dass er den Intendanten gerne gehört hätte. Die Diskussion könne man sich sparen, wenn jeder schwarz auf weiß den aktuellen Stand hätte.

[Pascal Ihle stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste, der mehrheitlich angenommen wird.]

Peter Westarp stellt die Zwischenfrage, ob Jonas bewusst sei, dass das Kulturticket für alle Kategorien gelte. Jonas antwortet, das sei in der Diskussion erwähnt worden. Peter fragt weiter, ob Jonas in Kauf nehmen wolle, dass man keine zeitnahe Ticketlösung finden könne. Jonas antwortet, dass die Möglichkeit bestehe, dass die Verhandlung zu nichts führe; er sehe das Risiko und die Konsequenzen allerdings nicht so negativ und bevorzuge lieber keine Lösung als eine schlechte schnelle. Peter fragt weiter, ob er die aktuelle Lösung schlecht fände. Das bejaht Jonas.

Hendrick Ziegler vervollständigt seinen eigenen Redebeitrag von vorhin und verweist auf den angekündigten Änderungsantrag.

Anton Mattmüller moniert, dass die Verhandlungen schon intransparent gewesen seien, er habe gemerkt, dass da etwas nicht stimmen könne. Zum Argument, dass man sich nicht mit so vielen Theatern zusammensetzen könne: Es gebe den Theaterverband Würzburger Kulturträger mit einem ordentlichen Vorstand (u. a. bestehend aus einem 1. und einem 2. Vorsitzenden); sein Vorschlag sei es, diesen mit ins Boot holen; das Mainfrankentheater habe nicht mehr Recht auf die Würzburger Kulturvereinnahmung als andere.

Peter Westarp fragt (Zwischenfrage), ob dieser Dachverband Gelder im Namen seiner Mitglieder annehmen dürfe. Er glaube nämlich, dass darüber schon einmal im Konvent debattiert worden und ein Gespräch als sinnlos erachtet worden sei. Anton antwortet,

er wisse es nicht, glaube aber trotzdem, dass es sinnvoll sei, mit dem Verband zu reden, da er für viele Theater spreche.

Alexandra-Tatjana Birk fragt (Zwischenfrage), ob in diesem Verband auch andere Kulturschaffende vertreten seien. Nach einer kurzen Internetrecherche antwortet Anton, laut der Homepage seien darin auch einige andere vertreten. Er verliest auszugsweise eine Liste von Mitgliedern.

Leonie Keupp sagt, Kultur sei für jeden etwas anderes, nicht nur Theater. Für sie sei Kultur eben nicht nur an ein Theater gebunden, sondern womöglich auch an einen Künstler. Sie wolle Kultur daher breit gefächert sehen: Kultur als Vielfalt und Freiheit.

Charlotte Witt fasst in ihrem Redebeitrag die diskutierten Fragen und die Argumente zusammen. Die Diskussion, ob ein obligatorisches oder ein fakultatives Ticket besser wäre, kann sie nachvollziehen: Nicht jeder sei kulturinteressiert. Das Argument „nur Mainfrankentheater“ lasse sie nicht gelten, weil das nicht die Ursprungsidee gewesen wäre und eine Erweiterung geplant sei. 2014 sei sie noch nicht im Konvent gewesen und könne daher nicht sagen, warum daraus nichts geworden ist. Man gehe jetzt mit dem Antrag jedoch wieder auf einen Entwurf des Semestertickets zurück, der ursprünglich nicht funktioniert habe: Das sei zumindest seltsam und nicht gut. Sie spricht den Initiativantrag der FEW an, durch den das Theaterticket evaluiert und kritisch begleitet werden solle.

Peter Westarp meint, dass viele Punkte falsch verstanden worden seien, die er nun klarstellen wolle:

1. Das Semesterticket mit all seinen Vorteilen sei Fakt, der SeTa-Antrag der FEW (sollte er behandelt und angenommen werden) stelle alle Vorteile sicher. Insbesondere werde die Frage der Resttickets konkretisiert.
2. Er plädiert dafür, erst zu laufen und dann zu rennen. Er glaube nicht, dass die Würzburger Theaterlandschaft innerhalb von zwei Jahren aussterbe. Sollten sich negative Auswirkungen zeigen, werde die Evaluation nach zwei Jahren zu dem Ergebnis führen, dass die Vereinbarung nicht verlängert werden solle.

Er finde es zudem gut, dass der Antrag der LHG gestellt wurde, kritisches Nachfragen sei notwendig, alle hätten nun noch einmal drüber nachgedacht. An Florian Kuhl gewandt sagt er, Mut sei wichtig, Ehrlichkeit aber auch: Mut zum kritischen Hinterfragen, Ehrlichkeit für das Gute. Man schaffe einen bayerischen Präzedenzfall von historischer Bedeutung – in der Adventszeit, die für Hoffnung und Erwartung stehe.

Funda Atman bekräftigt, dass es das gemeinsame Bestreben sei, die Restkarten für die Studierenden zu organisieren. Es ergäbe sich daraus ein 5%-Kartenkontingent plus die Restkarten aus allen Kategorien im Theater. Bislang müsse man für die Karten zehn bis 20 Euro zahlen. Sie sei zudem sicher, dass 30 000 Studierende in den verschiedenen Vorstellungen Platz finden würden, und verweist auf die Unterstützung vieler bekannter Personen in einem Werbevideo. Sie bemüht einen Vergleich mit der Sendung „Dominoday“: Ein Dominostein müsse bewegt werden, dann bewege man alles. Diesen ersten Stein gelte es nun anzustoßen.

Die Vorsitzende schließt die Aussprache über den vorliegenden Antrag.

Florian Kuhl stellt für die Liberale Hochschulgruppe, die Juso-Hochschulgruppe, die Grüne Hochschulgruppe und die RCDS-Hochschulgruppe den angesprochenen Änderungsantrag vor und verweist auf die „Absurdität“ der Argumente von Funda und Peter. Er plädiert für ergebnisoffene Argumente. Der vorliegende Deal sei vielleicht nicht schlecht, aber es gebe einen besseren. Im Bild des „Dominoday“ verweist er darauf, dass der Rekord dort im nächsten Jahr wieder angegangen werde, wenn er einmal nicht gebrochen wurde. Das könne auch das Motto des Konventes beim Semesterticket Kultur sein.

Als Antragssteller des ursprünglichen Antrages nimmt er die Änderung gleichzeitig an:

Der Studentische Konvent fordert ergebnisoffene Gespräche über ein Kulturticket zwischen allen Kulturschaffenden und dem Studentenwerk. Den Entwurf, der zurzeit in der Debatte vorliegt und im Verwaltungsrat des Studentenwerks beschlossen wurde, lehnt der Studentische Konvent ab.

Der Änderungsantrag liegt allen Mitgliedern schriftlich (per Mail) vor.

Peter Westarp fragt, ob ein Antrag vollständig ersetzt werden dürfe. Daniel Janke bejaht das, der Sinn des ursprünglichen Antrages müsse aber grundsätzlich gewahrt werden. Das sei hier der Fall.

Florian Kuhl stellt einen GO-Antrag auf geheime Abstimmung. Es gibt keine Gegenrede, der Antrag ist somit angenommen.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag anschließend zur Abstimmung.

abgegebene Stimmen: 33, davon keine ungültig
Ja: 15
Nein: 16
Enthaltung: 2

Der Antrag ist somit abgelehnt.

SeTa-Ausschuss (Fachschaftsmitglieder Erfahrung Wählen, Initiativantrag)

Charlotte Witt stellt den Antrag als Reaktion auf den Antrag der LHG vor. So sei auch die nachträgliche Einreichung zu erklären.

Daniel Janke erwidert, es sei vorher bekannt gewesen, dass dieses Thema in der Sitzung behandelt werde. Dies treffe auch auf die Antragsfrist gemäß der Geschäftsordnung zu.

Die Vorsitzende lässt über die Behandlung des Initiativantrages per Akklamation abstimmen.

abgegebene Stimmen: 33
Ja: 13
Nein: 16
Enthaltung: 4

Der Initiativantrag wird somit nicht behandelt.

TOP 6 - Sonstiges

- Hendrick Ziegler fragt, wer das Semesterticket Kultur jetzt verhandele. Daniel Janke antwortet, der SSR sei als Exekutive zuständig. Der SSR sei auch in der Vergangenheit darum bemüht gewesen und habe ein Treffen vereinbart, die studentischen Vertreter der Hochschulen wären jedoch kurzfristig verhindert gewesen. Das erste Treffen mit dem Mainfrankentheater sei somit abgesagt worden. Hendrick fragt weiter, ob das Semesterticket Kultur auch ohne Unterschrift des SSR eingeführt werden könne. Daniel entgegnet, der SSR könne keinen Vertrag abschließen, sondern alleine das Studentenwerk. Der SSR könne nur orientierend und beratend eingreifen. Robin Schulz ergänzt, selbst wenn der SSR an den Verhandlungen teilnehme, sei nicht gesagt, dass die Verhandler sich an das halten, was der SSR ihnen sagt.

[Die Sitzung wird anschließend kurz für eine Abstimmung des Fachschaftenrates unterbrochen.]

- Daniel Janke weist darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht in der folgenden Woche über den Numerus Clausus urteilen werde. Wer daran interessiert sei, solle die einschlägige Presse verfolgen.
- Sebastian Gerber regt an, die Anträge wieder auf der Homepage der Studierendenvertretung bzw. des Studentischen Konvents online zu stellen. Für interessierte Studierende biete dies ein gutes Informationsangebot über die Arbeit und Beschlüsse des Konvents. Johanna Gramlich beklagt, dass ihr dafür die Zeit fehle und fragt, ob jemand die Aufgabe übernehmen könne. Peter Westarp liest den einschlägigen Absatz aus der Geschäftsordnung vor, der den/die Vorsitzende des Studentischen Konvents damit beauftragt. Florian Kuhl erklärt sich daraufhin bereit, die Aufgabe zu übernehmen.
- Florian Kuhl stellt einen GO-Antrag auf Vernichtung der Stimmzettel – einstimmig angenommen.
- Charlotte Witt stellt einen GO-Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung – einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 23.55 Uhr.

Beschlüsse

¹ Haushalt (Sprecherinnen- und Sprecherrat)

Beschluss: *Der Studentische Konvent stimmt nach Art. 53 (1) Satz 4 BayHSchG beiliegendem Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2018 zu.*

Haushaltsentwurf der Studierendenvertretung für das Rechnungsjahr 2018

Positionsnummer		Ansatz € 2017	Ist € 2017	Ansatz € 2018
Ausgaben			Stand: 30.11.2017	
1 Fixe Ausgaben				
1.1.	Aufwandsentschädigung	4.860,00	4.140,00	5.760,00
2 Informationsaustausch				
2.1.	Bücher und Zeitschriften	700,00	327,57	500,00
2.2.	Infoschriften und Veröffentlichungen	0,00		0,00
3 Inventar/ Wartung				
3.1.	Neuanschaffungen	1.000,00	969,73	1.000,00
3.2.	Wartungskosten	400,00	448,75	500,00
4 Büro- und Geschäftsausgaben				
4.1.	Büromaterial	700,00	1.032,63	1.000,00
4.2.	Porto	150,00	126,13	150,00
4.3.	Telefonkosten	300,00	271,20	300,00
4.4.	Reisekosten	2.500,00	878,20	1.000,00
5 Veranstaltungen, etc.				
5.1	Kulturveranstaltungen	25.000,00	10.682,60	15.000,00
5.2	Studi(o)bühne	20.000,00	25.631,30	25.000,00
5.3	Sprachrohr	9.000,00	9.006,75	9.000,00
5.4	Studikalender	8.000,00	6.953,80	8.000,00
5.5	Aktionen	500,00	-	500,00
5.6	Diverses	500,00	1.096,60	500,00
6 Internat. Studierendenausweis				
6.0.	Internat. Stud.ausweis	1.000,00	568,50	1.000,00
7 Referat WIN				
7.1.	Betreuung ausl. Stud.	7.500,00	5.766,75	7.500,00
Gesamt		82.110,00	67.900,51	76.710,00
Einnahmen				
1	Mittelbereitstellung nach Art. 53 BayHSchG	13.500,00	13.468,00	13.500,00
2.0.	Internat. Stud.ausweis	1.500,00	1.380,00	1.500,00
3.0.	Einnahmen aus Veranstaltungen	25.000,00	16.560,58	25.000,00
4.0.	Ref. WIN	5.000,00	5.245,00	5.000,00
5.0.	Studi(o)bühne	25.000,00	26.343,08	25.000,00
6.0.	Unizeitung	5.000,00	4.625,00	5.000,00
7.0	Studikalender	7.500,00	8.610,00	8.000,00
8.0.	Diverses	0,00	-	0,00
9.0.	Ausgabenrest	0,00	4.202,15	0,00
Gesamt		82.500,00	80.433,81	83.000,00

Positionserklärung

Ausgaben:

- 1.1. Aufwandsentschädigung:
fixe Summe von 60 € pro Mitglied des Sprecher- und Sprecherinnenrates für Monat
 - 2.1. Bücher und Zeitschriften:
Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften zur Information der Studierenden
 - 2.2. Info-Schriften und Veröffentlichungen:
Eigene Publikationen, v.a. zur Information über Geschehnisse an der Uni,
fakultätsübergreifende Information,...
 - 3.1. Neuanschaffungen: Kopierer, Computer, Büromöbel, Div. Kleingeräte
 - 3.2. Wartungskosten: Wartungsverträge, z.B. Kopierer
 - 4.1 Büromaterial: allg. Büromaterial, Kopierpapier
 - 4.2 Porto: für Briefverkehr
 - 4.3 Telefonkosten: allg. Telefonkosten
 - 4.4 Reisekosten:
Zu universitätsübergreifenden Veranstaltungen/Seminare/Tagungen/Konferenzen...
 - 5.1 Kulturveranstaltungen:
Kulturelles, z.B. Kulturwochen, Erstipartys, Campuslichter, etc.
 - 5.2 Studi(o)bühne
 - 5.3 UniZeitung
 - 5.4 Studikalender
 - 5.5 Aktionen
 - 5.6 Sonstiges
 6. Internationaler Studentenausweis
 7. Referat Internationales
- ### Einnahmen:
1. Mittelbereitstellung nach Art. 53 BayHSchG:
Zuwendungen des Freistaates Bayern nach BayHSchG
 2. Internationaler Studentenausweis:
Gebühren für die Ausstellung des internat. Ausweises für Studierende
 3. Einnahmen aus Veranstaltungen
 4. Ref. Internationales
 5. Studi(o)bühne
 6. Unizeitung
 7. Studikalender
 8. Diverses
 9. Ausgabenrest

² 10€-Stundenlohn für wissenschaftliche Hilfskräfte (Juso-Hochschulgruppe)

Beschluss: *Der SSR setzt sich bei der Universitätsleitung dafür ein, dass der Stundenlohn studentischer wissenschaftlicher Hilfskräfte vom aktuellen gesetzlichen Mindestlohn von 8,84€ auf 11,21€ angehoben wird.*